

RÄNKESCHMIEDE

Texte zur
internationalen ArbeiterInnenbewegung

Sam Gindin

Bemerkungen zur
ArbeiterInnenbewegung am Ende
des Jahrhunderts

Notes on labour
at the end of the century:
Starting over?

TIE – Internationales Bildungswerk e.V.

No. 8

August 1999
2. Jahrgang
Offenbach

Sam Gindin ist Berater des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Canadian Auto Workers (CAW).

Sam Gindin is Assistant to the President of the Canadian Auto Workers (CAW).

Herausgeber:

tie – Internationales Bildungswerk e.V.

Heidestraße 131

60385 Frankfurt

Telefon (069) 97 76 06 66

Fax (069) 97 76 06 69

E-Mail info@tie-germany.org

Internet www.tie-germany.org

2. Auflage, Juni 2007

RÄNKESCHMIEDE erscheint in unregelmäßiger Folge

INHALT / CONTENT

Bemerkungen zur ArbeiterInnenbewegung am Ende des Jahrhunderts (Übersetzung)	4
Notes on labour at the end of the century: Starting over?	15

Im folgenden dokumentieren wir ein leicht gekürztes Strategiepapier von Sam Gindin, dem Berater des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Canadian Auto Workers (CAW), in dem ganz und gar andere Töne angeschlagen werden, als man dies von in Größe und Etabliertheit vergleichbaren Gewerkschaften hierzulande gewohnt ist. Sam Gindin versucht sich in diesem Beitrag an der schwierigen und schon als solche verpönt geltenden Frage nach einem politischen Verständnis von Gewerkschaftsarbeit und der Bildung von Klassenbewußtsein in radikal gesellschaftsverändernder Absicht.

»In den 50ern gab es keinen Sozialismus, weil alles gut lief, Heute gibt es keinen Sozialismus, weil alles so schlecht läuft.«

(Ein Ruheständler von Chrysler/Kanada)

Mit der Veröffentlichung von Marx' Kommunistischem Manifest vor 150 Jahren begann der moderne Sozialismus. Zu der mannigfaltigen Kritik des Kapitalismus, die es damals bereits gab, fügte Marx die Dimension eines Subjekts hinzu: Er setzte die entstehende Arbeiterklasse ins Zentrum einer bewußten Bewegung, die über den Kapitalismus hinaus weisen sollte. Mit ihrem Kampf innerhalb des Kapitalismus würde sich, so Marx, die Arbeiterklasse selbst verändern und die Kraft für die Veränderung der Gesellschaft entwickeln.

Sozialismus hing von der Arbeiterklasse ab, und diese vom Sozialismus: Der sozialistische Traum befeuerte bei den Arbeitern und besonders ihren formellen und informellen Führern eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse und eine Bewegung zur Bildung von Gewerkschaften. Sozialismus war die Vision, die sie am Leben erhielt. Er war die Perspektive, die täglich die Abweichung vom allgemeinen gesellschaftlichen Konsens ermöglichte, diese demonstrierte und zum Aufbau von Selbstbewußtsein beitrug. Er war der Bezugspunkt, der die taktischen Diskussionen anleitete. Das war nicht nur in Europa der Fall, sondern selbst in Nordamerika, wo – wie wir uns erinnern – der Sozialismus eine relativ schwache und randständige Idee gewesen ist. Doch bereits in der Mitte dieses Jahrhunderts spielte der Sozialismus in der Politik der meisten entwickelten kapitalisti-

schen Länder nur noch eine geringe Rolle und dies lange vor dem Kollaps der Sowjetunion, lange bevor die Sozialdemokratie den Anspruch aufgegeben hatte, irgend etwas mit dem Sozialismus zu tun zu haben, und lange bevor der Begriff der „Globalisierung“ seinen Weg in die Einleitung jeder Rede über die „neue Realität“ genommen hatte. Im letzten Viertel des Jahrhunderts sind dann selbst die bescheidensten Errungenschaften, die die Arbeiter erkämpft hatten, zurückgedrängt worden. Die ideologische Hegemonie des Kapitalismus war derartig gewachsen, daß die Arbeiterklasse schon als „radikal“ galt, wenn sie den Wiederaufbau des Wohlfahrtsstaats forderte. Was die Linke einst als liberalen Reformismus verspottet hatte, galt nun als die äußerste Grenze der Möglichkeiten.

Auch am Ende des Jahrhunderts bleibt der Sozialismus abhängig von der Entwicklung der Arbeiterklasse. Aber die Möglichkeit, daß die Idee vom Sozialismus eine kämpferischere Arbeiterklasse inspirieren, geschweige denn eine Bewegung anstoßen könnte, die den Sozialismus als ernsthafte Alternative auf die Tagesordnung bringt, scheint verloren. Im besten Falle wurde das sozialistische Projekt vertagt und durch eine bescheidenere und naheliegendere Zielsetzung ersetzt: Können wir wenigstens eine oppositionelle Basis gegen den Kapitalismus, der über uns hinweg marschiert, aufbauen und behaupten? Können wir eine Kultur des Widerstands und des Kampfs entwickeln, eine Bewegung, reich genug, die Idee von einer möglichen Alternative zum Kapitalismus am Leben zu erhalten?

Die Zuspitzung der Optionen

»Dieser neue Schlag (der Gewerkschaftsführer) hat erkannt, daß die globale Ökonomie für immer die Rolle der europäischen Gewerkschaften verändert hat. Wenn Gewerkschaften überleben wollen ... dann müssen Arbeiter Schnitte in ihrem sozialen Sicherungsnetz akzeptieren, während die Gewerkschaften neue Wege finden müssen, die Produktivität zu steigern. Das Programm der Gewerkschaften hat „Sicherung der Konkurrenzfähigkeit“ zu lauten und intelligenter und effektiverer Produktion«, sagt John Monks. (Vorsitzender der TUC, des britischen Gewerkschaftsbundes).

Business Week, 16. Dezember 1996

Die Globalisierung erfordert in der Tat eine neue Bewertung der Rolle der Gewerkschaften. Aber sie spitzt auch die Optionen zu: sich an den Kapitalismus anzupassen oder ihn anzugreifen, aufzugeben oder sich zu wehren. Im Sarg, den die Globalisierung zimmert, werden nicht der Sozialismus und eine kämpferische Arbeiterklasse liegen, sondern die Sozialdemokratie und ihre Illusion von einem klassenblinden, nicht-radikalen Reformismus.

Sehen wir uns das bescheidene Ziel der Wiederherstellung des Wohlfahrtsstaates an. Er entstand in einer besonderen Phase kapitalistischer Geschichte. Er war bestimmt von den Erfahrungen der Großen Depression und einer Reihe von einzigartigen Bedingungen der Nachkriegszeit. Er entstand in einer Zeit, als die internationale Ordnung und die internationalen Finanzen einigermaßen reguliert schienen. Der nachfolgende Angriff des Kapitals auf den Wohlfahrtsstaat geschah nicht grundlos, sondern weil in der „neuen Weltordnung“ mit ihrer verstärkten Konkurrenz die vorher der Arbeiterklasse gemachten Zugeständnisse jetzt ernsthaft den Profit bedrohten (und für einige sogar den weiteren Bestand des Systems überhaupt).

Was bedeutet es deshalb, „die guten alten Tage

wiederherzustellen“? Angesichts der Veränderung der Machtverhältnisse gegenüber den relativ hoffnungsvollen Tagen von früher ist die Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat heute eine radikale Idee. Sie bedeutet einen radikalen Angriff auf die gegenwärtige Entwicklung der Unternehmermacht und auf die Globalisierung (z.B. bedeutet sie zumindest die Rückkehr zu einem größeren Maß an Regulierung einheimischer und globaler Finanzen). Doch selbst, wenn wir zurückgingen, würden die gleichen Konflikte, die schließlich zum Angriff auf den Wohlfahrtsstaat führten, sich ebenfalls wiederherstellen und damit die gleiche harte Forderung nach notwendigen Veränderungen. Die Vergangenheit enthält keinen Fluchtweg aus der Gegenwart.

Was bedeutet es, Arbeitern zu erzählen, daß „das Programm der Gewerkschaften Sicherung der Konkurrenzfähigkeit sein sollte“? Die Beschleunigung der Internationalisierung des Kapitals (d.h. der Globalisierung) und der daraus entstehende verstärkte Konkurrenzdruck konfrontieren uns mit Beschränkungen, die wir ansprechen müssen. Aber wenn wir uns damit beruhigen, diese Beschränkungen seien unsere Ziele, dann sind wir als eine unabhängige Bewegung am Ende. Es ist dann gleichgültig, mit welcher fortschrittlichen Etiketten diese Wendung versehen wird, und wie „intelligent“ wir etwas tun. Diese Verwandlung von Beschränkungen in Ziele beherrscht letztlich alle ökonomischen und sozialen Entscheidungen. Was gut für die Konkurrenzfähigkeit ist (z.B. die Stärkung der Unternehmermacht) ist „gut“, was schlecht für die Konkurrenzfähigkeit ist (z.B. höhere Löhne und mehr soziale Sicherheit für Arbeitet) ist „schlecht“.

Grundsatz aller Gewerkschaften – geschrieben auf ihre frühen Banner und festgehalten in ihren Köpfen – war es, die Konkurrenz zwischen den einzelnen Arbeitern durch Solidarität zu ersetzen. Wenn wir die Konkurrenz am Arbeitsplatz eingeschränkt haben, wie können wir dann ihre Wiederauferstehung zwischen verschiedenen

Produktionsstätten hinnehmen? Was ist die moralische Basis einer Gewerkschaft, die es als Erfolg betrachtet, wenn sie auf Kosten anderer Arbeiter Investitionen und Jobs erhält? Was kann Klassensolidarität noch heißen, wenn das Bündnis mit dem Unternehmer oder dem nationalen Kapital – zu günstigen Bedingungen für die Unternehmen – die Hauptstrategie bildet? Was bleibt von der Autonomie der Arbeiterklasse übrig, wenn als der letzte Test jeder Strategie die Frage gilt, ob wir gerade mal die unterste Ebene der Unternehmenspolitik beeinflussen? So rigoros jedenfalls sieht es das Konzept der „Konkurrenzfähigkeit“ vor.

Selbst auf einer ganz „pragmatischen“ Ebene bedeutet eine Strategie der Erringung von Konkurrenzfähigkeit einen höchst fragwürdigen Kuhhandel: Wir werden geschwächt, verlieren unsere Unabhängigkeit und erhalten dafür keinerlei Garantie, daß sich unsere Lebensumstände kurz- oder langfristig verbessern. Die Realität hat bereits deutlich gezeigt, daß Konkurrenzfähigkeit keine allgemeine Lösung für alle Arbeiter bietet.

Konkurrenzfähigkeit setzt unvermeidlich Ungleichheit und Ausschließung voraus und produziert sie. Gewinner gibt es nur zusammen mit Verlierern, und selbst wenn einige hochqualifizierte Arbeiter vorübergehend gewinnen, was geschieht dann mit der viel größeren Anzahl von Arbeitern in der übrigen Ökonomie? Selbst Lohnabhängige außerhalb der Industrie und offensichtlich außerhalb des Konkurrenzdrucks, wie einige Dienstleistende im privaten oder öffentlichen Sektor, werden in die Spirale nach unten hineingezogen. Sie repräsentieren „Kosten“ für diejenigen Sektoren, die direkt in die Konkurrenz eingebunden sind. Schon der Prozeß, in dem man versucht, konkurrenzfähig zu werden, untergräbt Standards und die Macht der Arbeiterklasse, indem er im Interesse ökonomischen Wachstums Grenzen setzt. Wenn alle der Spirale nach unten folgen, wer soll dann noch Güter kaufen? Eine tiefere Rezession, eine schwache Erholung, ständige Unsicherheit und

wachsende Ungleichheit sind im Kern dieser Strategie angelegt.

Die Vorstellung von der Konkurrenzfähigkeit erfüllt auch eine mächtige ideologische Funktion. Sie erklärt es zum unumstößlichen Fakt, daß es nur einen Weg vorwärts gibt. Alle anderen erscheinen als minderwertig und unbedeutend. Dieser Pfad der sozialen Entwicklung hat eine größere Abhängigkeit von den Prioritäten des Unternehmens zur Voraussetzung und damit deren vermehrte Macht. Das bedeutet die Zurückweisung jeder alternativen Vision und die Vertagung anderer Ziele als die des Unternehmens auf eine immer wieder aufgeschobene Zukunft. Das Programm der Konkurrenzfähigkeit wird die Güter nicht liefern. Aber auf seinem Weg wird es die Fähigkeit der Organisationen der Arbeiterklasse zerstören, ihre Mitglieder zu verteidigen. Nichts ist naiver, desorientierender und verheerender für die Bildung einer unabhängigen Arbeiterbewegung als die Zustimmung zum Konzept der „Konkurrenzfähigkeit“.

Einigkeit gegen Solidarität

»Um rückwärts zu gehen, brauchst Du keine Gewerkschaft.«

(Bob White, früherer Präsident der CAW)

Wenn wir das Kapital herausfordern und eine breite Bewegung aufbauen wollen, dann folgt daraus, daß Einheit innerhalb der Arbeiterbewegung von größter Wichtigkeit ist. Aber eine bloß oberflächliche Einheit zeigt nur an, daß die wichtigen Debatten und Auseinandersetzungen über die Strategie blockiert sind. Nach der Niederlage der Linken in den frühen Nachkriegs- (und Kalten Kriegs-) Jahren ist die Arbeiterbewegung sicherlich heute „vereinter“. Damit einher ging jedoch eine Unbeweglichkeit, die maßgeblich für die folgende Schwäche der Arbeiterbewegung verantwortlich ist. Der Aufbau jener

Art von Solidarität, die wir brauchen, kann nicht – wie die jüngsten Erfahrungen in der kanadischen Arbeiterbewegung beweisen – ohne Kontroversen geschehen. Wir können keine Einheit ohne Auseinandersetzungen darüber haben, wofür die Einheit gut sein soll.

Diese Kontroverse dürfte nicht sehr überraschend gekommen sein. Sie verweist auf die gegenwärtigen Umstände und das lange bestehende Problem der Bürokratisierung in Teilen der Arbeiterbewegung. Die allgemeine Krise des Sozialismus hat uns – in den Worten von Dennis Potters' singendem Detektiv – mit „dem Schimmer von Ideen, aber ohne Antworten“ zurückgelassen. Grundsätzliche Debatten über die Richtung, die wir einschlagen, sind heute nicht nur notwendig und unvermeidlich, sondern, wie wir oben zu zeigen versuchten, natürlich auch schwierig. Die Optionen haben sich stärker zugespitzt und dies spitzt nun die Debatte zu.

Innerhalb der Arbeiterbewegung paßt der „globale Blick“ bequem mit einem Gewerkschaftsverständnis zusammen, das sich unbehaglich bei der Mobilisierung von Mitgliedern fühlt. Diese Seite argumentiert für „Realismus“ (angepaßte Erwartungen) und „Verantwortung“ (im Rahmen der Beschränkungen des Kapitalismus). Ein solches Verständnis endet mit einer wachsenden Distanz zu einer kämpferischen Arbeiterklasse, der Politik der Straße und jeder verbalen Herausforderung des Kapitalismus. Es kanalisiert unmittelbare Forderungen am Arbeitsplatz in langfristige, die (Entscheidung der) Mitglieder ausschließende Vereinbarungen oder in einer neuen Partnerschaft mit den Unternehmern. Es begrenzt Politik auf sozialdemokratischen „Elektoralismus“ (am ehesten mit Parlamentarismus übersetzbar, Anm. d. Red.). Mobilisierung erscheint dabei nicht einfach nur als zweitrangig, sondern wird infolge des möglichen Verlustes von zentraler Kontrolle zur Drohung. Sie könnte mögliche Abkommen mit Unternehmen/Regierung unterminieren oder in entscheidenden Augenblicken den „politischen Arm“ der Arbeiterbewegung blamieren. Der

Ruf nach „Einheit“ wird in diesem Zusammenhang zu einer konservativen Decke, die die Debatte abpuffert und wirkliche Solidarität von vornherein erstickt.

Im Gegensatz dazu betonen diejenigen, die für eine oppositionelle Bewegung sind, daß eine Gewerkschaftsbewegung, die sich der Herausforderung der Mobilisierung nicht stellt, im Niemandsland endet. Wenn diese Perspektive über einzelne Minderheitenpositionen hinauswächst, sich als offizielle Richtung einer Schlüsselgewerkschaft festsetzt und damit eine solide organisatorische Basis erhält, dann werden in der Arbeiterbewegung ernsthafte Spaltungen entstehen. Spaltungen sind schmerzlich und gefährlich, aber die Erfahrung lehrt, daß sie nicht die Auflösung der Arbeiterbewegung bedeuten, und selbst – wie die beiden folgenden Beispiele belegen – zur Freisetzung neuer Energien führen können.

In den frühen 80ern verwarfen die Kanadischen Automobilarbeiter (CAW) die Reaktion ihrer Muttergewerkschaft, der UAW, auf die neue Aggressivität der Unternehmen. Wir wollten zusammen mit unseren amerikanischen Brüdern und Schwestern den Kampf aufnehmen, aber die amerikanische Gewerkschaftsführung machte, indem sie ihren Mitgliedern Konzessionen verkaufte, jeden Kampf sinnlos. Sie hielt „Solidarität“ für unbedeutend und schränkte damit auch unsere Kampffähigkeit ein. (Neuerdings gibt es Hinweise auf Veränderungen in der UAW, aufgrund derer sich unsere Beziehung wieder verbessert hat.)

Unsere Abspaltung hat uns nicht geschwächt, sondern gestärkt und mit Energie versehen. Wir verwandten einen größeren Teil unserer Ressourcen in der Folgezeit, um zu organisieren, für Schulungen und internationale Kontakte. Wir bildeten die „Department of Work“-Organisation, um bei der Veränderung der Arbeitssituation besser helfen zu können. Wir spielten eine führende Rolle in Kanada bei den Verhandlungen mit den Unternehmen und beim Aufbau

von Koalitionen gegen das Programm der Unternehmen. Als andere, kleinere Gewerkschaften sich mit uns aufgrund dieser Rolle zusammaten, nahmen wir nicht nur einfach an Mitgliederzahl zu, sondern repräsentierten eine größere Gruppe von Arbeitern, die nicht durch die Industrie (in der sie arbeiteten) miteinander verbunden waren, sondern durch ihre besondere ideologische Einstellung.

Auf einer anderen Ebene waren beispielsweise in Ontario (Kanadas größter und am stärksten industrialisierter Provinz) die letzten drei Jahre die Jahre der tiefsten Spaltungen seit dem Kalten Krieg, während zugleich das Ausmaß an Mobilisierung und Politisierung einen Höhepunkt der Nachkriegszeit bildete. Es gab keinen Konsens über die Mobilisierung und man riskierte damit eine Vertiefung der Spaltungen. Aber es entstand auch eine wichtige Solidarität. Öffentliche Bedienstete blieben ein starker Teil der Bewegung, anstatt aufgrund mangelnder Unterstützung von einigen Gewerkschaften wieder in die Isolation zurückzufallen. Lehrer, die früher außerhalb der Arbeiterbewegung in Ontario standen, nahmen in großer Anzahl teil und begannen sich in die Arbeiterbewegung zu integrieren. Es kamen neue Aktivisten, es entstanden lokale Koalitionen. Sie nährten die Hoffnung auf eine Bewegung auf breiterer Basis.

Irgendwann müssen die bestehenden Spaltungen überwunden werden, d.h. sie müssen zu konstruktiven Debatten darüber führen, wie, nicht ob gekämpft wird. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß dies durch Kompromisse der Führungen erreicht wird. Änderungen entstehen nur, wenn sich innerhalb der Gewerkschaften, die jetzt noch abseits stehen, Druck entwickelt, wenn deren Mitglieder fordern, sich der wachsenden Solidarität anzuschließen. Wir können die Welt nicht ändern, wenn wir unsere Gewerkschaften nicht ändern können.

Movement unionism: Gewerkschaften als Bewegung

»Es geht nicht darum „rein“ zu sein. Weil wir nämlich verstehen, wie schwierig die Probleme wirklich sind, sehen wir das wichtigste Problem im Aufbau: im Aufbau unserer Gewerkschaft, im Aufbau der Bewegung, im Aufbau der Partei, so daß die Grenzen unserer gegenwärtigen Möglichkeiten mit der Zeit überschritten werden können.«

(Diskussionspapier, 1994, CAW-Kongreß)

Bezüglich der Alternativen geht es nicht um alternative Programme oder um eine alternative Regierung, es geht um eine alternative Politik. Nicht wohlmeinende Programme oder eine sympathische Regierung können unser Leben grundsätzlich ändern, es sei denn, sie wären Bestandteil einer grundsätzlichen Herausforderung des Kapitals. D.h. um Alternativen zu ermöglichen, brauchen wir eine Bewegung, die die politische Kultur verändert, nämlich unsere Vorstellungen, wie die Gesellschaft gestaltet sein sollte.

Wir müssen mehr Menschen in den täglichen Kampf darum einbeziehen, wie unser Leben aussehen soll – dies muß kollektiv herausgearbeitet werden. Wir müssen das Verständnis und die organisatorischen Fähigkeiten zusammen mit dem Willen zur radikalen Veränderung vertiefen, d.h. Sozialisten bilden.

Nicht daß Politiker unbedeutend wären, aber ihre Bedeutung sollte zuallererst daran gemessen werden, wie sehr sie dazu imstande sind, zu mobilisieren und dadurch langfristig eine solche Politik wirklich wahr werden zu lassen. Auch Wahlen sind nicht ohne Konsequenzen, aber auch diese sollten daran gemessen werden, ob sie zum Aufbau einer Bewegung, der Entwicklung des Bewußtseins der Menschen von ihren Rechten und ihrer Kraft beitragen. Man kann eine Gewerkschaft, die sich nicht nur mit einer solchen Bewegung identifiziert, sondern eine

führende Rolle bei ihrer Entwicklung spielt, eine „Gewerkschaft als Bewegung“ nennen; eine Gewerkschaft, die am Arbeitsplatz ihre Basis hat, in der Gemeinde verankert ist, die demokratisch ist und ideologisch dem Aufbau einer Bewegung verpflichtet ist, die die Vorbedingung für einen beständigen Widerstand und eine grundsätzliche Veränderung ist. Eine Gewerkschaft als Bewegung guckt nicht in die Luft, sondern genau hin. Der Arbeitsplatz bleibt die Basis. Hier machen die Arbeiter ihre ersten Erfahrungen mit der Bedeutung – oder der Bedeutungslosigkeit – kollektiver Aktionen. Hier an der Basis haben die Arbeiter immer noch eine bedeutende Macht. Das hat sich durch die Globalisierung nicht geändert. Bei der nationalen und internationalen ökonomischen Restrukturierung kommt es zu einem höheren Grad der Integration von Komponenten und Dienstleistungen, von Spezialisierungen und „schlanker“ Maschinerie. Dadurch sind die Unternehmen trotz der Globalisierung auf einer Ebene verwundbarer geworden: gegenüber disziplinierten lokalen/regionalen Aktionen wie z.B. bei den Streiks von 1996 bei GM in Dayton (Ohio) und in Kanada. Das wird von den Unternehmen auch erkannt und durchdacht. Sie legen vermehrt Wert auf Gegenstrategien, die Arbeiter in die Perspektive der Unternehmen einbinden und dadurch die Macht einer unabhängigen Gewerkschaft neutralisieren sollen.

Als Organisation von Freiwilligen, die in ihrer Arbeit von Unternehmen abhängig sind, müssen die Gewerkschaften, um Arbeiter dazu mobilisieren zu können, das Kapital zu bekämpfen, von ihnen als „ihre“ Organisation angesehen werden. Das bedeutet, daß die Gewerkschaft zuallererst organisatorisch und finanziell vom Kapital unabhängig sein muß, und daß Demokratie in der Gewerkschaft mehr als nur formal sein muß. Sie muß in höchstmöglichem Maße Gelegenheiten zur Diskussion über die Strategie eröffnen. Sie muß eine Bildungsarbeit machen, die die Fähigkeit und damit das Selbstvertrauen zur aktiven Teilnahme entwickelt. Gewerkschaftsdemokratie muß außerdem Teilnahme

an Kämpfen bedeuten, in denen sich die Gewerkschaft als ein nützliches Instrument für eine Veränderung darstellt – sie muß „effektive Demokratie“ sein.

Indem sie durch die Ausweitung der Themen, die sie aufgreift, auch ihre Strukturen ausweitet, bewegt sich eine „Gewerkschaft als Bewegung“ ins Zentrum des Lebens der Arbeiter und betont damit ihren Charakter als eine demokratische Organisation, die den Arbeitern gehört. Betrachten wir als ein Beispiel die neuen lokalen Komitees, die für die Familien der Arbeiter offen und darauf gerichtet sind, das anzusprechen, was mit Kindern der Arbeiterklasse in der Schule passiert. Mit solch einer Initiative greift die Gewerkschaft notwendigerweise ins kommunale Leben ein, aber in einer Weise, die keinen künstlichen Unterschied zwischen der Gewerkschaft und „den anderen“ aufkommen läßt. Es geht darum, Koalitionen zu bilden und dabei an Themen zu arbeiten, die andere Seiten des Lebens der Arbeiter betreffen: die Luft in der Gemeinde, die Sicherheit in der Nachbarschaft und eben auch die Schule, die unsere Kinder besuchen.

Die Rolle der Gewerkschaftsführung besteht in solchen Koalitionen nicht darin, ihr organisatorisches Gewicht und ihren Zugang zu Ressourcen einzusetzen, sondern ihr Potential zu nutzen, konkrete Kämpfe mit weiterreichenden Implikationen zu verbinden – wie etwa den Kampf um neue Jobs durch Arbeitszeitverkürzung und den Kampf während der jüngsten Massenmobilisierungen in Ontario (s. Aktionstage). Wenn eine solche Bewegung die Debatte über alle möglichen Themen in der Linken entfaltet und verstärkt, dann ist es eine entscheidende Frage, welche Themen die getrennten und lokalen Kämpfe zusammenbringen könnten und damit die Kämpfe zu einem Faktor zu machen, der größer wäre als die Summe der Teile. Da Gewerkschaften dafür da sind, der Unternehmensmacht Grenzen zu setzen, und bedeutende Veränderungen erreichen können, wenn sie selbst demokratisch sind, scheint es natürlich zu sein – und offensichtlich von erheblicher

strategischer Bedeutung – „Demokratisierung“ als das vereinigende Thema zu entwickeln. Ziel der Politik ist die Demokratisierung der Ökonomie. Politisierung ist der demokratische Prozeß, durch den die Fähigkeit entwickelt wird, die Machtverhältnisse herauszufordern.

Aktionstage in Ontario

»Die Unternehmen haben die Latte höher gelegt und neue strategische Vorgaben gemacht. Wenn wir uns nicht auch auf dieser Höhe bewegen, dann wird es härter und härter für uns, auch nur das zu behalten, was wir haben, geschweige denn eine wirkliche Veränderung zu erreichen.«

(1993 CAW Programm für Tarifverhandlungen und politisches Aktionsprogramm)

Die 1990er Jahre begannen mit einem Versprechen in Ontario, der am stärksten industrialisierten Region Kanadas (mit einer Bevölkerung von der Größe Schwedens). In offensichtlicher Rebellion gegen das Programm der Unternehmen wählten die Bewohner Ontarios zum erstenmal in der Geschichte eine sozialdemokratische Regierung (New Democratic Party).

Bis zum Sommer 1995 war die NDP allerdings auf den wohlbekanntesten Wegen der Nachkriegs-Sozialdemokratie geschritten. Einige wichtige Gesetze wurden verabschiedet. Sie gingen aber unter, als man plötzlich von wesentlichen (Wahl-)Versprechen (wie einer staatlichen Auto-Versicherung) abrückte und mit direkten Angriffen auf die gewerkschaftliche Basis der Partei (erzwungene Tarifverträge) und gegen die Armen (Kürzung von Sozialausgaben und verschärfte polizeiliche Überwachung) begann. Die Regierung versuchte rhetorisch und faktisch ihr Ansehen bei Managern, Bänkern und der Presse, die den Unternehmen nahe steht, zu heben. Die NDP hinterließ in ihrem Kielwasser

eine demoralisierte Bewegung, die nach der „Eroberung der Macht“ nun enttäuscht war. Sie war verwirrt über der Frage, wie man gegen den Verrat einer „befreundeten Regierung“ protestieren sollte. Sie war gespalten im Konflikt zwischen Prinzipien und der Loyalität gegenüber der Parteiführung. Dies bildete die Voraussetzungen für die Ablösung der NDP durch eine rechte populistische Regierung.

Angesichts der harschen und zerstörerischen Angriffe der neuen Regierung, die sofort begannen, angesichts der Tatsache, daß die nächsten Wahlen fern waren und Wahlen ohnehin jetzt mit Skepsis betrachtet wurden, setzte die Arbeiterbewegung das Gefühl, irgend etwas müsse geschehen, in eine neue erfindungsreiche Politik auf der Straße um. Die Bewegung hatte weder die Einigkeit noch die Fähigkeit, einen Generalstreik in der gesamten Provinz zu organisieren. Deswegen beschloß man Gemeindestreiks. Sie erlaubten der Arbeiterbewegung den Ort strategisch auszuwählen und ihre begrenzten Ressourcen auf das jeweilige lokale Ereignis zu konzentrieren.

In einer erstaunlich kurzen Zeit waren die Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten in der Lage zu handeln. Am 11. Dezember 1995 organisierten die kanadische Gewerkschaftsbewegung (jetzt einschließlich der Lehrer) und ihre Koalitionspartner einen zweitägigen Protest in London (Ontario), einer mittelgroßen traditionell konservativen Stadt, die allerdings eine starke Arbeiterbasis hat. Am ersten Tag schlossen die Arbeiter Fabriken und Dienstleistungszentren aus politischen (nicht tarifrechtlichen) Gründen. Am zweiten Tag begann, gefolgt von Protesten in 5 weiteren Gemeinden das, was schließlich zu den größten Demonstrationen wurde, die man in dieser Gesellschaft je gesehen hatte. An der Demonstration in Toronto nahmen schätzungsweise 1/4 Millionen Menschen teil.

Daß man Fabriken schloß und nicht nur gegen den Staatsapparat protestierte, machte erfolg-

reich klar, daß hinter den Angriffen der Regierung die Unternehmer standen. Die Schließungen öffentlicher Einrichtungen wie Schulen oder der Post sollten die Menschen auf die Bedeutung dieser sozialen Einrichtungen hinweisen. Wenn ihr Verlust für nur einen Tag bereits so störend war, was würde der ständige Verlust solcher Einrichtungen dann bedeuten? Die Ankündigung, die Arbeiter würden einen Tag Lohn verlieren und die Vergeltung der Unternehmer riskieren, zwangen lokale Gewerkschaftsführer und Aktivisten in den Wochen vor der Aktion in eine entsprechende Debatte mit den Mitgliedern. Diese Diskussion griff auf die Gemeinde über und trug unabsichtlich zu der von Unternehmen, Politikern und Presse geschürten Hysterie bei, die von der Nervosität über die Gesetzlosigkeit profitierte, die mit den Schließungen und Massendemonstrationen in die Gemeinde gekommen war.

Diese Ereignisse brachten die Regierung nicht von ihrem Kurs ab. Man kann auch nicht davon ausgehen, daß solche Aktionen schnell ausgeweitet oder gar über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden können. Die Aufregung hat auch keine bedeutende Rebellion unter den Arbeitern ausgelöst, deren Gewerkschaften beiseite standen. Die Bewegung, die entstand, hat das Dilemma nicht gelöst, daß sie Freunde in hoher Position braucht, und auf eine Politik über Wahlen angewiesen ist. Jeder ernsthafte Gedanke über Ziele, Struktur und Rolle einer politische Partei blieb in weiter Ferne. Dennoch wußten wir, die wir die unglaublichen Aktionstage mitgemacht hatten, daß sie ein Erfolg waren, und daß sich etwas geändert hatte. Ein Neubeginn war die Art und Weise, wie wir den „Erfolg“ definierten.

Die Aktionstage sollten eine Opposition aufbauen helfen, die Stimmung verändern und damit das Angebot an Optionen in Ontario erweitern. Sie haben die Hoffnungen einiger wiederbelebt, die Beteiligung anderer verstärkt und neue Menschen in die Politik gebracht. Sie haben zu neuen Verbindungen – über die übli-

chen Gewerkschaftskoalitionen hinaus – geführt, sie haben geholfen, neue organisatorische Fähigkeiten zu entwickeln und Schwächen offenbart, mit denen wir uns danach beschäftigen konnten. Sie haben das Verständnis von Ökonomie und Politik erhöht und uns die Notwendigkeit klargemacht, uns ständig über den Kapitalismus aufzuklären. Sie haben einen ernsthaften Einbruch in die Hegemonie rechter Ideologie erreicht. Sie haben einen unantastbaren Raum geschaffen und ein kollektives Selbstbewußtsein, das eine Basis für die künftigen Kämpfe bildet, seien sie groß oder klein, seien es Kämpfe um Jobs, seien es tarifliche Auseinandersetzungen, Kämpfe um mehr Demokratie in der Gemeinde oder um Bürgerrechte.

Die Ausschüsse zur Entwicklung von Arbeitsplätzen

»Wenn wir schon Schulausschüsse haben, um das Recht auf Erziehung zu garantieren, warum haben wir dann keine Ausschüsse, die das Recht auf einen Arbeitsplatz garantieren?«

(Leo Panitch)

Das Wichtigste für einen Arbeiter ist sein Arbeitsplatz. Die Fähigkeit, auf den Arbeitsplatz und seinen Bestand einzuwirken, ist jedoch das schwächste Glied in der Gewerkschaftspolitik. Wie können Gewerkschaften das Thema „Arbeitsplätze“ ansprechen und eine Rolle spielen, wenn es darum geht, die Schaffung von anständigen Arbeitsplätzen zu einer nationalen Priorität zu machen? Können wir dieses Sich-Einsetzen für Arbeitsplätze in einer Weise strukturieren, die künftige politische Möglichkeiten schafft?

Nehmen wir an, wir würden in der Gemeinde die Bildung von einem gewählten „Ausschuß zur Entwicklung von Arbeitsplätzen“ fordern. Die Aufgabe dieses Ausschusses wäre es, jedem

eine Gelegenheit (im Gegensatz zum verstärkt geforderten Arbeitszwang) zu bieten, eine bezahlte Arbeit anzunehmen oder an einem Training oder einer Weiterbildung teilzunehmen. Der Ausschuß sollte eine Reihe von unterstützenden Einrichtungen beaufsichtigen, die sich mit Forschung, Informationsverteilung, Training, öffentlichen Informationsveranstaltungen usw. beschäftigen.

Wenn es ihn einmal gäbe, müßte dieser Ausschuß ziemlich bescheiden anfangen. Wir wissen ziemlich wenig darüber, wie man anständige Arbeitsplätze schafft. Es könnte damit beginnen, daß man von der Gemeinde eine Liste derjenigen Tätigkeiten erhält, die getan werden müssen, um die Infrastruktur zu sichern oder zu verbessern (Wohnungen, Straßen, Parks, Schulen, Krankenhäuser). Der Ausschuß könnte Vorschläge über diejenigen Dienstleistungen einholen, die benötigt werden, aber nicht ausgeführt werden können (Kinderbetreuung, Erwachsenenbildung, Altenpflege, Umweltschutz etc.). Er könnte dann Schritte einleiten, die die bereits bestehenden Arbeitsplätze erhalten oder ausweiten (wenn z.B. eine Fabrik schließt, müssen die Gründe eruiert werden. Wenn es am Marketing liegt oder an technologischen Problemen oder vorübergehenden Finanzproblemen, dann müßten entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden).

Schauen wir uns das letzte Beispiel noch etwas genauer an. Wir kommen nicht sehr weit bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, wenn wir noch nicht einmal diejenigen behalten können, die wir haben. Zunächst sind wir wohl darauf beschränkt, lediglich ein gewisses Verständnis von den Gründen zu entwickeln, warum Betriebe schließen. Danach könnten wir einen Punkt erreichen, wo wir konstruktiv eingreifen können. Manchmal mögen wir sogar fähig sein, weiterzugehen und einen Prozeß einzuleiten, bei dem Betriebe, die sonst geschlossen würden, zu Betrieben transformiert werden, die neue Produkte fertigen. Wir könnten mit Finanzexperten in diejenigen Betriebe gehen, die vom Bankrott

bedroht sind, und uns ihre Bücher ansehen. Mit der Zeit aber verfügen wir vielleicht über ein Forschungszentrum, das mit einer Universität verbunden ist und auch gewisse Kenntnisse im Marketing und in der Technologie aufweist. Oder wir haben ein Konversions-Zentrum, das nach neuen Möglichkeiten Ausschau hält auf dem Gebiet der Importsubstitution oder auf dem Gebiet der Ökologie. Vielleicht möchten wir auch ein Instrument zur Bildung und Weiterbildung haben, mit dem Arbeiter und Gewerkschaften lernen herauszufinden, ob ihr Unternehmen nicht investiert oder auf der Höhe bleibt, um dann ein Eingreifen zu ermöglichen, bevor es zu spät ist.

Der langfristige Vorteil einer solchen Politik für die Gemeinde besteht nicht nur darin, daß die Gemeinde ihr Potential erhält und entwickelt. Er besteht darin, daß dieses Potential sich nicht nur in privater Hand befindet (und damit verschwinden kann), sondern auch in der Hand der Gemeinde selbst oder in der Hand öffentlicher Institutionen (die nicht verschwinden). Diese Politik arbeitet auf zwei Schienen: der Gemeinde- und der Sektorebene. Ökonomische Aktivitäten finden zwar lokal statt, aber sie überschreiten die lokalen Grenzen auch und oft ist es sinnvoll, Themen sektoral zu betrachten. Für jeden Sektor müßte es entsprechend ein Sektor-Komitee geben, in dem Vertreter der Unternehmen des Sektors und der Gewerkschaften sitzen. Sie sollten einen Plan für den Sektor entwickeln, der dann der Regierung zur Zustimmung vorgelegt wird. Die Regierung hätte die letzte Entscheidung. Falls die Unternehmen ihre Zusammenarbeit verweigern, würden wir mobilisieren, um die Regierung zum Handeln zu veranlassen. (...)

Die oben beschriebene Struktur kann nicht ohne finanzielle Unterstützung funktionieren. Das Problem läßt sich nicht lösen, wenn wir dafür lediglich kleinere Veränderungen im Regierungshaushalt verlangen. Wir haben bereits Schwierigkeiten, im laufenden Haushalt Mittel für die bestehenden Sozialsysteme zu finden.

Die Summe, die wir für diese Politik brauchen, ist einfach zu groß, um aus Haushalten zu kommen. Wir müßten radikaler vorgehen und uns Zugang zu den Töpfen verschaffen, die auf dem privaten Finanzmarkt herumschwirren. Wie zuvor ausgeführt, besteht das Problem nicht in einem allgemeinen Mangel an Finanzmitteln, sondern darin, wer sie kontrolliert.

Nehmen wir z.B. an, daß jedes Finanzinstitut im Land einen Prozentsatz von seinem Vermögen (nach einiger Zeit zwischen 5 und 10 Prozent) in einen „Nationalen Investitionsfonds“ geben muß. Das dort investierte Geld würde weniger abwerfen als die übliche Zinsrate auf dem Markt, aber es brächte noch eine gute Rate (z.B. mindestens die Inflationsrate zzgl. 1-2 Prozent). Einzelne Personen, die in diesen Fonds aus Solidarität investieren wollen, könnten „Kanadische Investment Obligationen“ erwerben. Weil dies freiwillig geschähe, wäre die Zinsrate höher (vielleicht die Inflationsrate zzgl. 2-3 Prozent, genug also für eine anständige künftige Rente). Dieser Fonds hätte einen Vorstand, der von der Regierung ernannt würde. Er wäre verpflichtet, das Geld entsprechend den sektoralen und regionalen Prioritäten zu verteilen.

Diese Strategie ist keine rasche, leichte, risikofreie Antwort auf schwierige Probleme. Ein zentraler Fonds kann sicherlich bürokratisiert werden; seine „wahren“ Absichten können verfälscht werden. Lokale Eliten könnten die Gemeindeausschüsse beherrschen. Unternehmen mit ihrem privilegierten Zugang zu Informationen und Möglichkeiten könnten Gewerkschaften in ihre Pläne im jeweiligen Sektor einspannen. Der Mangel an finanziellen Mitteln und Ressourcen kann bedeuten, daß alles, was wir gründen, auf ein unbedeutendes Kaffeekränzchen beschränkt wird.

Die Frage ist, ob eine solche Strategie ein Potential enthält, eine Bewegung aufzubauen und zu politisieren. Die Strategie spricht konkrete Forderungen an, besonders das Grundrecht auf einen Arbeitsplatz, sie verbreitert das Verständ-

nis dafür, was alles mit der Frage um den Arbeitsplatz verbunden ist, die Strategie verbessert unsere Fähigkeit – individuell, kollektiv und als Institution – in der Gemeinde und in den Gewerkschaften. Sie ist lokal, macht aber auch die Grenzen lokaler Aktionen erfahrbar und lehrt die Notwendigkeit, nationale Themen aufzugreifen wie etwa die Macht der kapitalistischen Finanzinstitute. Die Strategie zielt auf die Demokratisierung der Ökonomie, indem sie eine gewisse Kontrolle über die Finanzen gewinnt, sie beginnt über die Demokratisierung des Staats nachzudenken, indem sie neue, allgemein zugängliche Einrichtungen zu schaffen sucht wie etwa den „Ausschuß für die Entwicklung von Arbeitsplätzen“. Sie unterstützt eine ideologische Perspektive, die den Erhalt des Arbeitsplatzes nicht mit „Konkurrenzfähigkeit“ identifiziert und damit letztlich auf unsere Kosten Unternehmen und Unternehmerrechte stärkt.

Internationalisierung des Kampfs

»Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler.«

(Karl Marx, Kommunistisches Manifest)

Wenn das Kapital sich internationalisiert, hat die Arbeiterbewegung nicht dasselbe zu tun? Müssen wir nicht unsere Aufmerksamkeit auf die Änderung bestehender (reaktionärer) internationaler Institutionen lenken und neue (fortschrittliche) internationale Institutionen entwickeln?

Jeder Versuch, internationale Einrichtungen wie den Weltwährungsfonds oder die Weltbank zu beeinflussen oder Alternativen zu schaffen, führt absolut in die Sackgasse. Diese internationalen Einrichtungen bestehen nicht im luftleeren Raum. Was sie tun, reflektiert notwendig die

nationalen Machtverhältnisse an ihrer Basis. Solange wir keine Gegenmacht in unseren Ländern gebildet und das Finanzkapital in einer hinreichenden Anzahl von großen Ländern in die Defensive gedrückt haben, ist es die dümmste Form von Utopismus, die Ökonomie von diesen fernen und zweitrangigen internationalen Einrichtungen her beeinflussen zu wollen.

Im offenbaren Gegensatz dazu liefern internationale Einrichtungen der Arbeiterbewegung wertvolle Beiträge zu unseren Kämpfen. Sie sind nützliche Instrumente, um Informationen und Analysen auszutauschen und für bescheidene Akte der Solidarität und Unterstützung zu mobilisieren. Aber auch hier sollten wir uns über die Grenzen im klaren sein. Eine strategische internationale Koordination hängt von der Stärke nationaler Bewegungen ab. Welche Art von Internationalismus können wir z.B. zwischen den USA, Mexiko und Kanada erwarten, wenn die amerikanische Arbeiterbewegung bisher ihren eigenen Süden nicht organisieren konnte, wenn die mexikanische Arbeiterbewegung keine gemeinsame Gewerkschaft in einem Unternehmen wie GM hat, wenn die kanadische Arbeiterbewegung nicht in der Lage war, in ihren wichtigsten Dienstleistungssektoren entscheidend zu organisieren?

Der Druck auf die deutschen Metallarbeiter, der dazu führte, daß der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung letztlich mit einer Kapitulation endete, lag nicht an einem Mangel nationaler Koordination, sondern daran, daß andere nationale Gewerkschaftsbewegungen dem Vorstoß der deutschen Arbeiter nicht aggressiv folgten. Der Schlüssel für internationale Solidarität liegt nicht in internationalen Institutionen, sondern in der Internationalisierung des Kampfs. Er liegt darin, den Kampf (z.B. um die Arbeitszeit) in jedem Land zu führen und dadurch den Spielraum für den Klassenkampf in anderen Ländern zu schaffen und zu vergrößern. Wenn wir die internationalen Finanzen reguliert sehen wollen, dann ist auch hier der wirksamste Ausgangspunkt, mit einer Reihe von nationalen Kampa-

gnen zu beginnen, die zum Ziel haben, die Finanzen in jedem einzelnen Industrieland zu regulieren. Fortschrittlicher Internationalismus kann nur auf einer starken und fortschrittlichen nationalen Basis erbaut werden.

Schlußfolgerung

»Ich bemerke die göttliche Geduld unserer Leute, aber wo ist ihr göttlicher Zorn?«

(Bert Brecht)

Wenn der Kapitalismus irgend etwas in den letzten beiden Jahrzehnten – als die Rechte die Tagesordnung bestimmte und Lösungen durchsetzte, die die kapitalistischen Notwendigkeiten zum Ausdruck brachten – deutlich gemacht hat, dann ist es dies, daß es keinen humanen alternativen Kapitalismus gibt. Können wir das Versagen der Verheißungen des Kapitalismus in eine antikapitalistische Bewegung umsetzen? Können wir die Ungeduld einer Kultur des Widerstands und die Geduld zum Aufbau einer Bewegung, die nicht fragt, ob die Veränderung möglich ist, sondern wie man sie möglich macht, miteinander verbinden? Ein neues Jahrhundert, eine neue Bewegung?

Übersetzung: Jens Huhn

A New Century, A New Movement?

»In the fifties, socialism wasn't on because things were so good. Now, socialism isn't on because things are so bad...«

Chrysler Canada retiree

With the publication of Marx's *The Communist Manifesto* 150 years ago, came modern socialism. To the many critiques of capitalism that already existed at the time, Marx's special contribution was to add the dimension of agency: the emerging working class was placed at the center of a conscious movement to go beyond capitalism. As workers struggled within capitalism they would, Marxists argued, transform themselves and develop the potential to transform society.

Socialism depended on the working class, but that dependency ran both ways. The socialist dream inspired, amongst workers and especially their formal and informal leaders, both a working class politics and the movement to form their unions. Socialism was the vision that sustained them. It was the perspective that provided the daily counter common-sense so crucial to expose, engage, and build confidence. It was the reference point that guided tactical discussions. This wasn't just the case in Europe, but even in North America where collective memory recalls the socialist idea as being comparatively weak and marginalized.

Yet by the middle of this century, socialism was already stumbling as a player in the domestic politics of most of the developed capitalist countries – long before the collapse of the Soviet Union, long before social democracy stopped pretending it had anything to do with socialism, long before globalization found its way into the opening paragraph of every speech about the “new reality”. And by the last quarter of this century, even the moderate gains previously made by workers were being rolled back. The ideological hegemony of capitalism

was such that for labour, being “radical” was reduced to arguing for the recovery of the welfare state. What the left once scoffed at as liberal reformism, had for many become the outer edge of the possible.

As the century comes to a close, socialism remains dependent on the development of the working class. But the potential of the socialist idea to inspire a more militant working class, never mind the kind of movement that might in turn restore socialism as a serious option, seems lost. At best, the socialist project has been postponed, replaced with a more modest and immediate challenge: Can we at least build and sustain an oppositional base to the capitalism that is marching over us? Can we develop a culture of resistance and struggle – a movement – rich enough to keep alive the possibility of an alternative to capitalism?

The Polarization of Options

»...this new breed [of labour leaders] has recognized that the global economy has changed forever the role of Europe's unions. If unions are to survive ... workers will have to accept cuts in their safety net, while unions find new ways to boost productivity. 'The union agenda should be competitiveness, and making things smarter and more efficiently' says John Monks (head of the TUC, Britain's central labour body).«

Business Week, December 16, 1996

Globalization is indeed forcing a rethinking of the role of unions. But it is also polarizing the options: accommodate to capitalism or take it on, give up or fight back. The coffin being nailed down by globalization isn't, as it turns out, socialism and working class militancy, but social democracy and the illusion of class-blind, non-radical reform.

Consider the modest goal of restoring the welfare state. The welfare state emerged at a particular time in capitalist history. It was preceded by the specifics of the Great Depression and a set of unique conditions that followed the Second World War. It emerged at a time when the international order was semi-fragmented and international finance was semi-regulated. The subsequent attack by capital on the welfare state wasn't gratuitous; it happened because in the "new world order" of intensified competition, previous concessions made to the working class now seriously threatened the maintenance of profitability (and in the minds of some, even the viability of the system).

What does it therefore mean to "restore the good old days"? Given the shift in power since those relatively more hopeful days, a return to the welfare state is now a radical idea – it implies a radical attack on current trends in corporate power and globalization (eg at a minimum, a return to a greater degree of regulation in domestic and global finance). And even if we did go back, the very same conflicts that subsequently led to the attack on the welfare state would also be restored, with their same insistence on the same necessary changes. The past provides no escape from the present.

Similarly, what does it really mean to tell workers that "...the union agenda should be competitiveness"? The acceleration of capital's internationalization (ie globalization), and the resultant increased pressures to meet the test of competitiveness, do of course confront us with constraints that we must address. But if we're seduced into accepting those constraints as goals – no matter how progressive-sounding the spin is, no matter the qualifications about doing it "smarter" – we are, as an independent movement, done. Those constraints-turned-into-goals end up dominating all economic and social decisions. What is good for competitiveness (like strengthening corporate power) is "good"; what is bad for competitiveness (like higher wages and more security for workers) is "bad".

Fundamental to the very existence of unions – inscribed on workers' early banners and in their minds – was the replacement of competition amongst individual workers with worker solidarity. Having limited that competition within a workplace, how can we then accept the recreation of that competition across workplaces? What is the moral basis of a unionism that defines success in terms of getting investment and jobs at the expense of other workers? What can class solidarity possibly mean if the core strategy is an alliance with the employer or with national capital on terms favourable to the companies? What can be left of working class autonomy if the ultimate test of any policy is, as competitiveness rigorously insists, the impact on corporate bottom lines?

Even at the most "practical" level, a competitiveness-derived strategy represents the most questionable trade-off: we're weakened and lose our independence yet get no guarantee, short or long term, that this will provide a steady improvement in our lives. The real world has, in fact, already and so clearly revealed that competitiveness can't be generalized as a solution for all workers.

Competitiveness is inevitably uneven and exclusionary. Winners imply losers and even if some high tech, high-skilled workers temporarily "win", what about the much larger numbers of workers in the rest of the economy? Even workers seemingly outside the traded sectors and apparently outside competitive pressures, such as service workers in both the public and private sectors, are dragged into the downward spiral. They represent a "cost" to the sectors directly facing competitive pressures. And the very process of trying to become competitive undermines standards and working class power, thereby setting logical limits to sustained economic growth. If everyone follows this downward spiral, who will buy the goods? Deeper recessions, fragile recoveries, permanent insecurity, and growing inequality are built into the very core of this strategy.

As part of its restructuring dynamic, competitiveness also performs a powerful ideological function. It declares as a matter of unquestionable fact there to be only one basic way forward; any variations are minor and secondary. That path to social development necessitates a greater dependence on corporate priorities and hence corporate power. And this implies the rejection of any alternative vision and the postponement of contrary goals to an always-deferred future. The competitive agenda won't deliver the goods. But along the way it will destroy the capacity of working class organizations to defend their members. Nothing is more naive, more disorientating, or more debilitating to the construction of an independent labour movement than the acceptance of the competitive framework.

Unity vs Solidarity

»You don't need a union to go backwards.«

Bob White, former CAW President

If we want to take on capital and build a broad movement, it follows that unity within labour itself should be crucial. Yet a superficial unity only signals that the crucial debates and struggles over direction are being blocked. Since the defeat of the left within labour in the early post-war (and Cold War) years, the labour movement has certainly been much more "unified". But along with this came the stagnant inertia responsible for much of labour's subsequent weakness. Building the kind of solidarity we need can't, as recent experience within the Canadian labour movement has certainly made clear, happen without controversy. We can't have unity without a struggle over "unity for what?".

This controversy should not be all that surprising. It reflects both the times and the long-standing problem of bureaucratization within sec-

tions of the labour movement. The general crisis within socialism has left us, in the words of Dennis Potter's *Singing Detective* with "clues but no answers". Fundamental debates about direction are now not only necessary and unavoidable but, as we argued above, inherently difficult. The options have become more polarized and this is in turn polarizing the debate.

Within labour, the world-view of one side in the debate fits comfortably with a unionism uncomfortable with membership mobilization. That side argues for "realism" (modifying expectations) and "responsibility" (accommodating to the constraints of capitalism). It ends up increasingly distancing itself from labour militancy, the politics of the street, and any rhetoric that challenges capitalism. It channels workplace/bargaining demands towards membership-excluding longer agreements, or new partnerships with employers and limits politics to social democratic electoralism. Mobilization is consequently not just secondary, but because of the possible loss of centralized control, a threat. It might undermine potential deals with business/government or, at critical moments, embarrass labour's political arm. The call for "unity", in this context, becomes a conservative blanket smothering debate and precluding the building of real solidarity.

In contrast, the perspective that calls for an oppositional movement emphasizes that trade unionism has nowhere to go unless it addresses the challenge of mobilization. Once such a perspective extends beyond an isolated minority within unions and establishes itself as the official direction of key unions, and so has a solid organizational base, serious divisiveness in the labour movement emerges. Divisions are painful and dangerous, but experience confirms that they do not imply the paralysis of the labour movement, and can, as the two examples to follow indicate, even lead to the discovery of new energies.

In the early eighties, Canadian autoworkers

rejected the response of its parent, the UAW, to the new corporate aggressiveness. We would have liked to stay and fight the corporations alongside our American brothers and sisters, but the direction of the U.S. leadership – selling concessions to the membership – pre-empted any fight, cancelled the relevancy of “solidarity”, and limited our own ability to fight (recently, hints of change within the UAW have led to an improved relationship).

Our divisive departure didn't weaken, but instead strengthened and energized us. We subsequently committed a higher share of our resources to organizing, education, and international contacts; established a Department of Work Organization to assist coping with workplace change; and played a leading role within Canada in both bargaining and building coalitions to take on the corporate agenda. As other, smaller unions merged with us because of the role we played, our union didn't just increase in numbers but came to represent a broader group of workers linked not by sector, but by a particular ideological commitment.

At another level, in Ontario (Canada's largest and most industrialized province) the past three years were the most divisive for the labour movement since the Cold War, while the level of mobilization and degree of politicization was at a post-War peak. There was no consensus around this mobilization and so it risked aggravating the divisions. Yet a more substantial solidarity emerged: public sector workers remained a strong part of the movement rather than retreating into isolation after the lack of support from some unions; teachers, formerly outside of the Ontario labour movement, participated in very large numbers and began their integration into the labour movement; the emergence of new activists and local coalitions held out a promise of a broader-based movement.

At some point of course the existing divisions must be overcome – that is, they must become constructive debates over how, not if, to fight.

But this is unlikely to happen through leadership compromises at the top. Change will only come when internal pressures develop within those unions that have been on the sidelines; when their members demand to join the growing solidarity. We can't change the world if we can't change our unions.

Movement Unionism

»The issue isn't about being 'pure'...Its because we understand how difficult the problems really are, that we view the central problem as one of building: building our union, building a movement, building the party – so the limits on what we can do today can, over time, be overcome.«

Discussion Paper, 1994 CAW Convention

The real issue of “alternatives” isn't about alternative policies or alternative governments, but about an alternative politics. Neither well-meaning policies nor sympathetic governments can fundamentally alter our lives unless they are part of a fundamental challenge to capital. That is, making alternatives possible requires a movement that is changing political culture (the assumptions we bring to how society should work), bringing more people into every-day struggles (collective engagement in shaping our lives), and deepening the understanding and organizational skills of activists along with their commitment to radical change (developing socialists).

Its not that policies are unimportant, but that their importance should be judged first and foremost by their ability to mobilize and, therefore, to one day make such policies truly possible. Nor is it that electoral participation is of no consequence but that it too should be judged, both during and after an election, on its contribution to building the movement and developing peoples' consciousness of their rights and poten-

tials. The kind of unionism that not only identifies with, but plays a leading role in developing such a movement, might be called “movement unionism” – a unionism that is workplace-based, community-rooted, democratic, ideological, and committed to building the kind of movement that is a precondition for any sustained resistance and fundamental change.

Movement unionism doesn't start by looking out, but by looking in. The workplace remains fundamental. It's here that workers are most likely to first experience the relevance – or irrelevance – of collective action. It's from their workplace base that workers continue to have meaningful power. Globalization doesn't end this reality. Alongside national and international economic restructuring comes a higher degree of integration of components and services, specialization, lean inventories. And so, in spite of globalization, corporations are at one level more vulnerable to disciplined local/regional actions such as the 1996 strikes at GM in Dayton, Ohio and in Canada. This is acknowledged and reflected in the corporate emphasis on counter-strategies to incorporate workers into a company perspective and thereby neutralize the independent capacities of unions.

As voluntary organizations, whose members are dependent on corporations for work, the precondition for mobilizing workers to fight capital is that they view the union as “theirs”. This means that the union must, first of all, be organizationally and ideologically independent of capital. And union democracy must be more than formal. It must maximize the forums for debate-discussion over direction; it must structure educational programs to develop the capacity and therefore confidence to actively participate; and union democracy must include engagement in struggles that demonstrate the union as an effective vehicle for change (“effective democracy”).

By expanding its structures to expand the issues addressed, movement unionism moves to place the union at the center of workers' lives, thereby

reinforcing this emphasis on a democratic institution belonging to workers. Consider, for example, the creation of new local union committees that are open to workers' spouses and teenage sons/daughters, and directed to addressing what's happening to working class kids in the school system. Such an initiative necessarily engages the union with the community, but in a way that doesn't set up an artificial distinction between the union and “others”. Rather, it moves towards the kind of coalition work that is about organizing around other dimensions of workers' lives: the air in our community, the safety of the neighbourhood, and, in this particular example, the schools our kids attend.

The leadership role movement unionism can play as part of such coalitions comes not from throwing around its organizational weight and access to resources, but by using its potential to lead concrete struggles with wider implications – like the fight to open up new jobs through reduced work-time, and like the recent mass mobilizations in Ontario (see below). As such a movement unfolds and forces all kinds of questions on the left, one crucial issue is what theme(s) could bring the separate and localized struggles together so they are more than the sum of their parts? Since unions exist to set limits on corporate/management power in the workplace, and since unions can only be effective in making significant change if they themselves are democratic, it seems natural – and turns out to be critically strategic – to develop and use “democratization” as that unifying theme: the goal of politics is to democratize the economy; politicization is the democratic process of developing the capacity to challenge those with power.

The Ontario Days of Action

»Corporations have raised the stakes and moved the issues to a whole new level. If we don't also move to a new level, then even just hanging on to what we have – never mind achieving real change – will become harder and harder.«

*1993 CAW Collective Bargaining
and Political Action Program*

The 1990's began with some promise in Ontario, Canada's most industrialized province with a population approximating that of Sweden. In apparent rebellion against the "corporate agenda" the people of Ontario, for the first time in history, elected a social democratic party – the New Democratic Party (NDP), to government.

By the summer of 1995, however, the NDP had travelled down a road familiar to post-war social democracy. Some very important pieces of legislation were introduced, but they were lost in the sudden repudiation of other central promises (like public auto insurance) and direct attacks on both its trade union base (imposed collective agreements) and the poor (welfare cuts and Big Brother policing). Meanwhile, the government's rhetoric and focus shifted towards establishing its credibility amongst corporate executives, bankers, and the business press. The NDP left in its wake a movement demoralized over the disappointment after finally "winning power", demobilized by the confusion over how to protest the betrayals of a "friendly" government, and divided over the conflict between long-standing principle and loyalty to the party leadership. This set the stage for the NDP's replacement by a right-wing populist government.

Given the harsh and destructive attacks the new government immediately introduced, with the next election too far down the road and, elections in any case now been viewed with particular skepticism, the labour movement turned the need to do something, into an innovative politics

of the street. The movement had neither the unity nor the ability to act on a province-wide shut-down, and so it looked to a series of community shutdowns. This allowed the labour movement to both chose the locations on a strategic basis and to concentrate its limited resources on these one-at-a-time local protests.

Within a surprisingly short period of time, labour and the coalitions were able to act. On December 11, 1995 the Canadian labour movement (now including teachers) and its coalition partners organized a two-day protest in London, Ontario, a mid-size and traditionally conservative city, but one with a strong labour base. The first incredible day saw workers taking direct action to shut down workplaces and services for social and political – not collective bargaining – reasons. The second day mobilized what turned out, in each of the five community protests that followed over a period of a year, to be the largest demonstrations anyone had ever seen in that community (the Toronto demo had an estimated quarter-of-a-million people).

The emphasis on workplace shutdowns and not just protests at the legislature highlighted – successfully – the employer base behind the government's attacks on working people. The public sector shutdowns of transit, schools, and post offices were directed to reminding people of the importance of taken-for-granted social services: if their loss for one day was so valuable and disruptive, what would the permanent loss of such services mean? The call on workers to lose a day's pay and risk employer retaliation forced, in the weeks leading up to the action, local leaders and activists to engage their members in debates over the issues. That discussion/debate spread into the community, directly through labour and coalition activists, and inadvertently aided by business/political/press hysteria which exploited nervousness over the lawlessness to come as the shutdowns and mass demonstrations hit each community.

These events did not push the government off its

course. Nor can it be assumed that such actions can be accelerated or even sustained. The excitement didn't force any significant rebellions amongst workers within unions who remained on the sidelines. The movement that emerged didn't resolve the dilemma of needing friends in high places, yet being turned off to electoral politics. And any serious rethinking of the purpose, structure, and role of a political party remains distant. Yet those of us involved in those incredible Days of Action knew they were a success and knew that something had changed. That something started with the way we began to define "success".

The Days of Action were about building an opposition and changing the mood, and therefore range of options, in Ontario. They revived the flagging hope of some, deepened the commitment of others, and brought new people into politics. They led to new links across union-coalition lines, developed new organizational skills, and exposed weaknesses we'd have to later address. They increased economic and political literacy and developed a conscious need to continually educate ourselves about capitalism. They made serious inroads into the hegemony of right-wing ideas. They created that intangible space and collective self-confidence that set the stage for future struggles, big and small, over jobs, collective bargaining, municipal democracy, and rights of citizenship.

Thinking About Alternatives: Job Development Boards

»If we have schoolboards to guarantee the right to an education, why not job boards to guarantee the right to a job?«

Leo Panitch

The most important thing for an individual worker is his/her job. Yet the ability to influence

jobs and job security is one of the weakest links in unionism. How can unions play a role in addressing jobs and making the creation of decent jobs a national priority? And can we structure this engagement over jobs in a way that creates new political possibilities down the road?

Suppose we called for the formation, at the municipal level of elected "Job Development Boards". The mandate of these Board would be to guarantee everyone an opportunity (as opposed to the enforced labour of workfare) to participate in either a paid job or in training/education. The Board would supervise a number of supportive institutions involved in research, disseminating information, carrying out training, holding public information meetings, etc.

Once established, such Boards would have to start quite modestly; we clearly know very little about how to make decent jobs happen. It might begin by obtaining from the municipality their list – they all have one – of all the things that must be done in the community to maintain or improve the neglected infrastructure (housing, roads, parks, schools, hospitals). The Board could invite proposals on services the community needs but is not providing (eg childcare, adult education, delivering medicine/food/entertainment to the aged, environmental clean-up and protection). It could initiate steps to prevent losing jobs that already exist or which facilitate expansion of existing jobs (eg before a plant can close, investigate the reason; if marketing or technological help or temporary financing is the key, provide it).

Let's elaborate a little on the last example. We're not going to get far in creating new jobs if we can't even hang on to the jobs that we already have. At first, we might be limited to only developing some understanding of why plants close. Then we might reach the point where we can intervene in a constructive way. At some point we might be able to go further and lead a move to convert workplaces that would otherwise close into workplaces making new products. Develop-

ping along this line would mean that we start with a few accountants who can go in and check the books of a company threatening bankruptcy, but over time we might have a research center linked to a university which includes some marketing and technological skills, or a conversion center that looks at new possibilities related to import substitution or new directions linked to environmental imperatives. We might also want to have an educational component so workers/unions could learn how to figure out whether their company is not investing or keeping up so some intervention can begin before it's too late.

The long-term advantage to the community of this approach isn't only that it preserves and develops its capacities but that those capacities aren't only in private hands (which can move) but some are community owned or linked to public institutions (which won't move away). This direction works on two tracks: the community and the sector. Economic activity occurs within communities, but it also cuts across communities and it often makes sense to approach issues sectorally. In each sector there would be a sectoral committee (eg Aerospace Sectoral Committee, Airline Sectoral Committee) with representatives of the companies in that sector and the unions. The point would be to develop a plan for that sector that would go to the government for approval. Governments would make the final decisions so if business refused to cooperate, we'd mobilize to get the government to act. Note that the distinction between communities and sectors, while useful, is not always clear. For example, to address the issue of tool-and-die technology and stampings in the auto parts industry we might want to set up a tool-and-die technology center in the community of Windsor and in Kitchener, a research center looking to future stamping needs.

The above structures couldn't work unless they had access to funding. This can't be solved if we limited funding to some minor adjustment in government budgets. We're already having trouble finding room in current budgets for exi-

sting social programs, and the amounts needed for this direction are simply too large to get from budgets. We'd have to do something more radical and get direct access to the funds sloshing around in the private financial markets. As stated earlier, the problem isn't the overall shortage of funds, but who controls it (because there is so much money around, business is furiously lobbying to remove some of the restrictions that limit its outflow).

Suppose, for example, that every financial institution in the country had to place a percentage of their assets (eg 5% rising to 10% over time) in a "National Investment Fund". The money invested would pay less than the market rate, though still a fair and safe return (eg inflation plus 1-2%). Individuals wanting to invest in this fund out of solidarity could buy "Canadian Investment Bonds" and, since this would be optional, the return might be higher (perhaps inflation plus 2-3% – enough for a future decent pension income). The Fund would have a board of directors appointed by the government with the responsibility to allocate the funds according to regional and sectoral priorities.

This direction isn't a quick-fix, risk-free answer to complex problems. Such a central fund could certainly be bureaucratized and diverted from its "true" intent. Local elites might dominate the community Boards. Corporations, with their privileged access to information and possibilities, may get unions to buy into their agenda at the sectoral level. Lack of adequate financial support and resources to really do things, may mean that whatever we set up is reduced to being an irrelevant talk-shop.

The question is: does this direction carry a dynamic with potentials to build and politicize the movement? Its intent is to address concrete demands, particularly the fundamental right to a job; broaden the definition of needs that jobs address; build our capacities – individual, collective, and institutional – in the community and in our unions; act locally while learning the limits

of local action and the need to address national issues like the power of capitalism's financial institutions; engage in democratizing the economy by gaining some control over its finances; start thinking about democratizing the state as we try to create new and accessible institutions like the Job Development Boards; and support an ideological perspective with some independence from jobs being identified with "competitiveness" and its implicit goal of strengthening, at our ultimate expense, corporations and corporate rights.

Internationalizing the Struggle

»Though not in substance, yet in form, the struggle of the proletariat with the bourgeoisie is first a national struggle.«

Karl Marx, The Communist Manifesto

If capital is international, doesn't labour have to follow suit? Don't we have to turn our attention to changing existing (reactionary) international and developing new (progressive) international institutions?

Any focus on lobbying international institutions like the International Monetary Fund or the World Bank or creating comparable alternatives will get us absolutely nowhere. These international institutions do not exist in a vacuum; they are not castles in the air. What they do necessarily reflects the national constellation of powers at their base. Until we have built countervailing power in each of our own countries, and have been able to put financial capital on the defensive in a significant number of major countries, it is the silliest kind of utopianism to talk about influencing the economy through these distant and secondary international bodies.

International labour bodies, in apparent contrast, make constructive contributions to our

struggles. They are useful vehicles for exchanging information and analysis, and mobilizing modest acts of solidarity and support. But here too we should be clear on their limits. Strategic international coordination is dependent on the strength of national movements. For example, what kind of internationalism can we expect between the U.S., Mexico, and Canada if the American labour movement can't yet organize its own South, if the Mexican labour movement doesn't yet have a common union across workplaces within a single company like GM; if the Canadian labour movement hasn't yet been able to make an organizing breakthrough in its own key service sectors?

The pressure on German Metalworkers to surrender the work time gains they made since the eighties wasn't rooted in the lack of cross-country institutional coordination, but in the failure of other labour movements to aggressively follow the lead of the German workers. The key to international solidarity isn't international institutions but internationalizing the struggle – making the fight (over, for example work time) in each country and thereby reinforcing and creating the space for working class struggles in other countries. Similarly, if we want to eventually see global finance regulated, the most effective starting point would be to launch a series of national campaigns to regulate finance in each industrially developed country. Progressive internationalism can only be built on a strong and progressive national base.

Conclusion

»I perceive the divine patience of your people, but where is their divine anger?«

Bertholt Brecht

If capitalism has demonstrated anything over the past two decades, when the right has so con-

trolled the agenda and so ambitiously applied the solutions which reflected capitalist necessity, it is that under modern capitalism there is no humane alternative (TINHA). Can we translate the failed promises of capitalism into an anti-capitalist movement? Can we combine the impatience essential for a culture of resistance, and the patience fundamental to building, into a movement that doesn't ask if change is possible but how we make it possible? A new century, a new movement?

Bisher in der Reihe Ränkeschmiede erschienene Broschüren:

No. 1	Kim Moody: » Rank-And-File Internationalism « The TIE-Experience	2 Euro
No. 2	Jens Huhn: » Zurück in die Zukunft « Anmerkungen zur Geschichte und gegenwärtigen Praxis der betrieblichen Linken	5 Euro
No. 3	Heiner Köhnen: » Für eine neue Gewerkschaftspolitik « Strategien der Canadian Auto Workers (CAW)	5 Euro
No. 4	» Erklärung der Canadian Auto Workers (CAW) zur Schlanken Produktion «	2 Euro
No. 5	Heiner Köhnen: » Neue UnternehmensUNkultur « Das Modellwerk GM-Saturn	5 Euro
No. 6	Heiner Köhnen: » Gewerkschaftliche Reform- bewegungen in den USA « New Directions innerhalb der United Auto Workers (UAW)	5 Euro
No. 7	» Krise des Kapitals – Krise der Gewerkschaft? « Elemente, Ansatzpunkte und Strategien für eine Anti-Konzessionspolitik auf betrieblicher, tariflicher und gesetzlicher Ebene – Vorschläge aus der HBV	5 Euro
No. 8	Sam Gindin: » Ein neuer Beginn? Bemerkungen zur ArbeiterInnenbewegung am Ende des Jahrhunderts «	5 Euro
No. 9	» Grenzüberschreitungen «. Das Ende der Normalarbeit, prekäre Beschäftigung und Perspektiven gewerkschaftlicher Politik	5 Euro
No. 10	AFP e.V. / Tie e.V. / express-Redaktion: » Last Exit ver.di? « Sonderband	5 Euro
No. 11	Marsha Niemeijer: » Die Ontario Days of Action «. Mythos oder Grundstein einer neuen politischen Strategie für die ArbeiterInnenbewegung?	2 Euro
No. 12	Heiner Köhnen & Anne Scheidhauer: » Organising the Battlefield « Arbeiterinnen in den Freihandelszonen Sri Lankas	5 Euro
No. 13	Sam Gindin & Leo Panitch: » Schätze und Schund «. Eine Rezension zu <i>Empire</i> von Michael Hardt und Antonio Negri	5 Euro
No. 14	McDonalds, Fnac, Virgin, EuroDisney, Arcade: » Das Solidaritätskollektiv: eine Erfahrung der etwas anderen Art «. Arbeitskämpfe und Organisationsversuche in gewerkschaftlich nicht organisierten Betrieben und Sektoren	5 Euro
No. 15	Willi Hajek: » Eisenbahnen in Europa: Wohin rollt der Zug? « Für einen Öffentlichen Dienst anstelle von Privatisierung!	5 Euro
No. 16	Wolfgang Schaumberg: » Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision... « Oder: Zur Aufgabe von postkapitalistisch orientierten Linken am Beispiel des Kampfes in Auto-Multis	5 Euro

Bestelladressen:

tie – Internationales Bildungswerk e.V.
Heidestraße 131, 60385 Frankfurt
Telefon (069) 97 76 06 66
Fax (069) 97 76 06 69
E-Mail info@tie-germany.org

AFP – express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt
Telefon (069) 67 99 84
E-Mail express-afp@online.de

(alle Preise zzgl. Porto und Versand)